



Dr. Tove Soiland

Die Historikerin Dr. Tove Soiland studierte Geschichte und Philosophie, ist Lehrbeauftragte und freischaffende Wissenschaftlerin. Aufgrund der Ergebnisse ihrer Forschungen unterstützt sie Mascha Madörin, die fordert, dass der ökonomischen Eigenlogik des sogenannten CARE-Sektors endlich Rechnung getragen wird.

Warnung vor Auswirkungen der Digitalisierung: „Über die ökonomischen Sachverhalte muss aufgeklärt werden.“

Dr. Tove Soiland ist Referentin beim zweiten Frauenwirtschaftstag in Ludwigshafen, die der BPW Club Mannheim-Ludwigshafen mitveranstaltet. Die Fragen an sie stellte der BPW.

Digitalisierung wird als Grundlage für die Wohlstandssicherung gefeiert, gefordert und gefördert. Sie dagegen warnen vor ihren Effekten gerade auf den Gesundheits-, Pflege und Sozialsektor. Warum?

Vorab: Ich habe nichts gegen die Digitalisierung. Mir ist jedoch wichtig, dass ihre Auswirkungen auf den überwiegenden Teil der Gesellschaft und auch auf den größten Wirtschaftszweig in Deutschland endlich öffentlich diskutiert werden. Immerhin trägt der Sektor Bildung, Gesundheit und Soziales einen Anteil von 30 Prozent zum deutschen Bruttoinlandsprodukt bei; zum Vergleich: von der Industrie stammen nur 18 Prozent.

Momentan wird oft prognostiziert, dass computergestützte Bildungsprogramme das Schulwesen, und Apps zur Überwachung und Vorsorge das Gesundheitswesen revolutionieren werden. Sehen Sie da nicht auch Chancen?

Sicher gibt es Chancen. Doch nehmen wir das Beispiel Pflege: Insgesamt kann vielleicht ein Anteil von etwa 20 Prozent überhaupt von Robotern übernommen werden – ob das aus ethischer Sicht gewünscht ist, steht dabei noch einmal auf einem anderen Blatt. Der weitaus größte Teil der Arbeit in der Pflege, der Bildung, der Erziehung und dem Gesundheitswesen kann aber nicht rationalisiert werden so wie in Industriebereichen.

Wieso sagen Sie dann, dass die Auswirkungen der Digitalisierung dem Sektor schaden – in der Regel wird ja eher befürchtet, dass zu viele Arbeitsplätze durch sie wegfallen?

Ganz im Gegenteil, die erforderliche Arbeit wird weiter zunehmen, allein schon, weil es viel mehr alte Menschen gibt. Das Problem ist ein völlig anderes: In der Industrie sind in den letzten Jahrzehnten enorme Produktivitätssprünge durch Automatisierung und Digitalisierung erreicht worden – dadurch ist der durchschnittliche Lohn in diesen Bereichen gestiegen. Wie das Wort Produktivitätssteigerung schon sagt: So etwas geht nur bei Produkten. Dennoch wird eine ähnliche Steigerung der Produktivität auch in Bereichen erwartet, in denen es um Menschen geht.

Sie meinen zum Beispiel den Umstand, dass Krankenhäuser heute als Profitcenter geführt werden?

Ja, und fast jede(r) hat schon einmal erlebt, wohin die Einführung von Abläufen aus der Industrie im Gesundheitswesen geführt hat, auch Sie kennen den Begriff blutigen Entlassung. Pflegekräfte klagen über starre standardisierte Abläufe, enorme Dokumentationspflichten und viel zu wenig Zeit für die Menschen. Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen: Sogenannte Effizienzsteigerungen in diesem Bereich werden nur auf Kosten der Betroffenen und über Lohneinsparungen erreicht. Und das trifft wiederum vor allem Frauen, denn sie leisten den überwiegenden Teil der Arbeit in diesem Sektor.

Sie halten einen Vortrag beim zweiten Frauenwirtschaftstag in Ludwigshafen. Werden Sie den anwesenden Frauen aufgrund dieser Tatsache raten, stärker in die MINT-Berufe zu gehen – so wie das zurzeit fast überall gemacht wird?

Nein – denn wer soll die Arbeit, die für die Gesellschaft so immens wichtig ist, denn dann leisten? In Schweden entscheidet sich die Mehrheit der Frauen ebenfalls nicht für Berufe im MINT-Bereich. Dort hat das aber keinen Einfluss auf ihr Einkommen. Gleichberechtigung wird in Schweden unter anderem darüber hergestellt, dass der Care-Sektor mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

Das bedeutet aber, dass das Problem letztlich nur politisch zu lösen ist. Wie stellen Sie sich das für Deutschland vor?

Zunächst: Über die ökonomischen Sachverhalte muss aufgeklärt werden. In Relation zu den anderen Wirtschaftszweigen sinken die Löhne im Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung bereits seit 50 Jahren. Noch mehr „Effizienz“ zu fordern, was hier nichts als weitere Lohnkürzungen bedeutet, ist absurd. Zumal der Ökonom William J. Baumol die Entwicklungen bereits in den 1960ern beschrieben hat; sie sollten den Verantwortlichen – und der insgesamt betroffenen Gesellschaft – eigentlich längst bekannt sein.

Was sind aus Ihrer Sicht die Konsequenzen, die aus dieser Sachlage gezogen werden müssen?

Zum einen muss darüber nachgedacht werden, wie der Bereich Gesundheit, Bildung und Soziales, der in jeder Hinsicht so immens wichtig für uns alle ist, aus der chronischen Unterfinanzierung befreit werden kann. In Deutschland gab es eine Abwrackprämie für Autos. Wieso fördert man in Krisen nicht den wesentlich größeren und wichtigeren Wirtschaftszweig, der darüber hinaus viel mehr Beschäftigte hat, und kurbelt so den Konsum und damit die Wirtschaft an?

Sie meinen zum Beispiel über die Erhöhung der Geldmenge, wie der Ökonom Keynes vorgeschlagen hat?

Ja, das wäre ein erster Schritt. Für den längerfristigen Horizont ist es aber auch notwendig, dass wir uns als Gesellschaft darüber klar werden, welchen Wert wir welcher Arbeit beimessen – und wie wir deren Entlohnung organisieren. Das gilt übrigens auch für die bisher unbezahlte Arbeit. Vor allem Frauen setzen einen großen Anteil ihrer Lebensarbeitszeit ein, um sich um andere zu kümmern und für sie zu sorgen. Der Bedarf gerade im Pflegebereich wächst rasant, wird aber wenig thematisiert. Digitalisierung ist dagegen in aller Munde. Wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht auf Kosten der sozialen Berufe stattfindet: Dafür müssten die hochproduktiven Branchen mit ihren guten Profitmöglichkeiten in irgendeiner Weise zur Finanzierung der produktivitätsschwachen Bereiche herangezogen werden, denn auch sie leben davon, dass Menschen gut erzogen, ausgebildet und notfalls gepflegt werden.